

Warum schießen sie hier?

Menschen im Donbass leiden nicht nur unter den heftigen Kämpfen. Seite 3

Flut bedroht Dänemark

Das Land, das 7000 Kilometer Küste hat, will verstärkte Deiche bauen. Seite 20

Die Kunst der Reformation

Vor 500 Jahren wurde der Maler Lucas Cranach d. J. geboren. Jetzt endlich tritt er in Wittenberg aus dem Schatten des Vaters hervor. Seite 15

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Donnerstag, 20. August 2015

70. Jahrgang/Nr. 193

Bundesausgabe 1,70 €

www.neues-deutschland.de



Abb.: Lucas Cranach d. J., Archiv

STANDPUNKT

Links gerüttelt

Uwe Kalbe sieht die Linkspartei zu den Realitäten zurückgekehrt

Das Kreditpaket Nummer drei ist bestätigt, nun darf es seine zweischneidige Wirkung entfalten. Einerseits Griechenland im Euro halten und andererseits seine Rolle als Ramschtisch für Gläubigerinteressen verewigen, nebenbei auch als Voodoooppe zur Disziplinierung anderer Regierungen mit linken Flausen. Das Ergebnis im Plenum kann nicht überraschen, und ob drei Unionsabgeordnete mehr oder weniger Merkel die Gefolgschaft verweigerten, spielt letztlich keine wesentliche Rolle.

Verzwickter war die Entscheidung schon für die LINKE. Diese hatte im Februar für die Verlängerung des zweiten Kreditprogramms samt Auflagen gestimmt – in der Euphorie über den Auftritt der linken SYRIZA-Regierung auf der europäischen Bühne. Gysi damals: »Sie hat ganz Europa durcheinandergebracht.«

Auch die LINKE, muss man sagen. Denn letztlich stand jetzt nichts anderes zur Abstimmung als die Fortsetzung der sattsam bekannten Schuldenknebelpolitik. Die Fraktion übernahm quasi den Part der linken Kritiker von Tsipras bei SYRIZA, während sie zugleich um den Machterhalt Tsipras' bangt, der von diesen attackiert wird. Und einige sehen im »Hilfs«paket sogar Chancen.

Es gibt keinen Grund zur Häme, die Hoffnung, dass SYRIZA sich bei den Verhandlungen durchsetzen würde, war der deutschen Linken nicht vorzuerwerfen. Die Illusionen, die sie offenbar hatte, was die Machtverhältnisse in der Europäischen Union angeht, kann man ihr vorwerfen. Und dass sie meinte, ein wenig Durcheinander reiche schon, sie zu ändern.

UNTEN LINKS

Das Hilfspaket ist also geschnürt, fest wie die Schlinge um den Hals. Nun muss es nur noch ausreichend frankiert werden – und schwups, schon kann es auf die Reise gehen (sofern die Deutsche Post nicht streikt). Viele Ostdeutsche erinnern sich noch gut an ihre eigene Vorfreude auf so ein freimütiges, großzügiges, gutherziges Westpaket. Lebhaft können sie sich die berstende Spannung der Griechen vorstellen, die es kaum erwarten können, das edle Packpapier aufzureißen, das anmutig den alten Bananenkarton umhüllt, um wie betört den glücksverheißenden Duft von Bohnenkaffee, Dosenblech und abgetragenen Kleidungsstücken einzusaugen. Mit der Dankbarkeit steigt freilich auch die Schuld, die der Empfänger der Geschenksendung (keine Handelsware) auf sich lädt. Den vergrämten Ostdeutschen sind darüber die Haare lang und grau geworden, und ein Haircut ist zu teuer. Es ist mit den Haaren wie mit den Schulden: Erst wachsen sie unaufhörlich, dann fallen sie aus. mha

Nachschub fürs Kartenhaus

Bundestag billigte Kreditpaket für Griechenland / Gegenstimmen rechts und links



Griechenland-Abstimmung im Bundestag

Foto: dpa/Wolfgang Kumm

Berlin. »Zweifel sind immer erlaubt.« Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble verweigerte mit diesem Satz im Plenum des Bundestages am Mittwoch einerseits Griechenland die Absolution; womöglich läuft dort künftig immer noch nicht alles nach neoliberalen Plan. Und er erteilte den Abgeordneten seiner Fraktion Absolution, die ihren Zweifel bei der Abstimmung über das dritte Kreditpaket für Helas folgten und mit Nein stimmten – am Ende waren es immerhin 63. Gleichwohl: Die große Mehrheit des Bundestags erteilte der Vorlage ihren Segen, weil die Große Koalition so groß ist, dass auch 63 abweichende Stimmen nu-

merisch nicht ins Gewicht fallen. Die SPD stand weitgehend geschlossen hinter Schäuble, und die oppositionellen Grünen fanden zwar mächtig kritikwürdig, wie die Bundesregierung bei den Verhandlungen mit Athen agiert hatte, stimmten am Ende aber trotzdem für das Paket. Als einzige Fraktion votierte die der LINKEN mehrheitlich gegen die 86 Milliarden Euro, mit denen die Geldgeber in Europa sich das Recht erkaufen, der griechischen Regierung weitere Auflagen zur sogenannten Reformpolitik vorzugeben – bei sieben Enthaltungen und zwölf nicht abgegebenen Stimmen. Fraktionschef Gregor Gysi begründete die Ablehnung mit

der Systematik der Schuldenspirale. 54 der 86 Milliarden Euro dienen der Rückzahlung von Altschulden. »Da macht man neue Schulden, um alte Schulden zu begleichen, und aus dem Kreislauf kommt man nicht mehr heraus.«

Am selben Tag entschied das Parlament der Niederlande über seine Haltung, als letztes der 19 Euro-Länder. Danach steht der ersten Kreditrate von 26 Milliarden Euro nichts mehr im Weg. Für den griechischen Premier Alexis Tsipras erleichtert dies die Lage jedoch nicht. Mit dem Schachzug, das Parlament in Athen mit der Vertrauensfrage zu konfrontieren, wartet er derzeit noch ab. nd Tagesthema Seite 2

Kurdenregion bietet Erdogan die Stirn

Premier Davutoglu gibt Regierungsbildung auf / Orte im türkische Südosten erklären sich für autonom

Nach gescheiterten Koalitions-gesprächen in der Türkei hat Ministerpräsident Davutoglu das Mandat zur Regierungsbildung zurückgegeben. Jetzt sind Neuwahlen wahrscheinlich.

Von Jan Keetman

Die Türkei steht vor Neuwahlen. Zwar sind sie noch nicht beschlossen, aber Ministerpräsident Ahmet Davutoglu hat den Auftrag, eine Regierung zu bilden, an Staatspräsident Recep Tayyip Erdogan zurückgegeben. Dieser will dem Vernehmen nach den Auftrag zur Regierungsbildung nicht an die Opposition weitergeben, sondern strebt Neuwahlen schon nach zwei Monaten an.

Wenn Erdogan Neuwahlen ausruft, muss er nach der Verfassung einen Übergangs-Ministerpräsidenten bestimmen. In der Übergangsregierung müssen alle Parteien entsprechend ihrer Stärke im Parlament vertreten sein.

Doch so dramatisch die Entwicklung in Ankara auch ist, sie wird noch überschattet durch die Entwicklung im Osten des Landes. Hier ist der Krieg mit der Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) völlig außer Kontrolle geraten. Es begann mit tagelangen schweren Bombardements der türkischen Luftwaffe gegen Lager und Stellungen der PKK in Irak und im Grenzgebiet. Nebenbei mussten, damit die Sache in Washington besser ankommt, auch noch drei Flugzeuge am ersten Tag ein paar Raketen in Richtung Islamischer Staat abschießen. Zuletzt ist es um die teuren Luftangriffe still geworden.

Die PKK gibt es dagegen noch immer – und wie. In einigen Städten im hauptsächlich von Kurden bewohnten Südosten der Türkei wie Silopi, Cizre, Lice und Silvan haben Mitglieder der Jugendorganisation der PKK praktisch die Macht auf den Straßen übernommen.

Um Polizei und Militär fernzuhalten, wurden Gräben gezogen und Barrikaden errichtet. Große Steine auf Straßen verhindern Durchfahrten. Am Ende von Gas-

Die örtliche Verwaltung, Innenministerium und Militär reagieren teilweise hilflos auf die Aufstände.

sen wurden Tücher aneinander gebunden und zwischen die Häuser gehängt, um der Staatsmacht den Blick in die Gassen zu verwehren. Polizei und Militär trauen sich wegen der Gefahr von Minen teilweise auch mit gepanzerten Fahrzeugen nicht mehr in alle Stadtviertel.

Zuvor hatten sich einige Gemeinden auf Geheiß der »Union

der Gemeinschaften Kurdistans« (KCK) für autonom erklärt. Die KCK sind eine PKK-nahe Organisation, die sich auf deren gefangenen Führer Abdullah Öcalan beruft und eine kurdische Autonomie vorbereiten soll.

Die örtliche Verwaltung, Innenministerium und Militär reagieren teilweise hilflos auf die Aufstände. Ausgangssperren werden verhängt, Zufahrtswege blockiert, Stromnetze abgeschaltet. Von Zeit zu Zeit kommt es zu Kämpfen mit Toten auf beiden Seiten. Die Häuser haben häufig keine Keller, die Wände sind dünn, Schüsse können sie durchschlagen, nicht zu reden von den Granaten aus den Rohren türkischer Panzer, die in Silvan bereits im Einsatz sein sollen.

Als Machtdemonstration der PKK sind die Aufstände gelungen. Sie zeigen, dass die türkische Luftwaffe in Irak so viele Bomben werfen kann, wie sie will: Die PKK bekommt sie damit nicht weg.

Weniger Miete, mehr Rechte

Vorbereitung auf Volksentscheid in Berlin zeigt Wirkung

Berlin. Der Berliner Senat und die Organisatoren des Mietenvolksentscheids haben am Mittwoch Kernpunkte für ein neues soziales Wohnraumgesetz vorgestellt, das noch in diesem Jahr vom Berliner Abgeordnetenhaus verabschiedet werden soll und zum 1. Januar 2016 in Kraft treten könnte. Ob der Kompromiss trägt und damit auf einen Volksentscheid über günstige Mieten verzichtet werden kann, wollen die Initiatoren des Entscheids in den nächsten Wochen prüfen.

Zu den Eckpunkten des neuen Gesetzes gehören eine »Privatisierungsbremse« für städtische Wohnungsbaugesellschaften, ein eigenständiger Fonds für den Neubau, den Ankauf und die Modernisierung von Wohnungen, eine starke Mietermitbestimmung in Aufsichtsgremien der städtischen Wohnungsbaugesellschaften sowie eine Deckelung der Mieten im sozialen Wohnungsbau bei 30 Prozent des Nettoeinkommens. Sozialmieter, die mehr bezahlen müssen, erhalten einen Zuschuss vom Land Berlin. Jährlich sollen etwa 3000 Sozialwohnungen neu entstehen.

»Dass sich die Politik so weit bewegt hat, ist der Erfolg unserer Initiative«, sagte deren Sprecher Rouzbeh Taheri. Das Mietenbündnis hatte im Frühjahr mehr als 40 000 Unterschriften für ein Volksbegehren für bezahlbaren Wohnraum gesammelt und damit den Senat unter Druck gesetzt. Der Volksentscheid sollte parallel zur Wahl des Abgeordnetenhauses im Herbst 2016 stattfinden. Das bleibt der rot-schwarzen Koalition in Berlin nun möglicherweise erspart. bka Seite 11

Zwangsweise in die Rente

Urteil: Langzeiterwerbslose müssen Ruhestand mit 63 akzeptieren

Berlin. Langzeitarbeitslose dürfen vorzeitig und mit finanziellen Abschlägen verrentet werden, auch wenn sie das nicht wollen. Das entschied am Mittwoch das Bundessozialgericht (BSG) in Kassel im Fall eines erwerbslosen Mannes, der gegen das Jobcenter in Duisburg geklagt hatte. Das hatte ihn im Jahr 2012 aufgefordert, einen Antrag auf vorzeitige Verrentung mit Vollendung des 63. Lebensjahres zu stellen. Erst zum 1. August 2015 hätte der Kläger aber seine abschlagsfreie Rente von monatlich rund 925 Euro erhalten können. Der Mann wollte sich nicht mit Abschlägen abfinden – scheiterte aber jetzt endgültig beim Bundessozialgericht.

Im Jahr 2008 hatte die damalige Große Koalition beschlossen, dass Langzeiterwerbslose vorzeitig in Rente geschickt werden dürfen. Damit fallen sie aus dem Hartz-IV-Bezug heraus. Nur besondere Härten können das verhindern, etwa wenn Betroffene kurz vor der abschlagsfreien Rente stehen oder die Abschläge so hoch sind, dass sie danach Sozialhilfe beziehen müssten. Das BSG sah in diesem Fall keine solchen Gründe. Es gebe zwar einen Ermessensspielraum, der müsse aber hier nicht ausgeschöpft werden, »zumal die vorzeitige Altersrente trotz der Abschläge erheblich höher als der Arbeitslosengeld-II-Bedarf des Klägers ist, weshalb er durch deren Bezug nicht hilfebedürftig im Sinne des SGB XII würde«. Als letztes Mittel bleibt dem Kläger der Gang vor das Bundesverfassungsgericht. Das erwarte man aber derzeit nicht, sagte eine BSG-Sprecherin gegenüber »nd«. grg

Kommentar Seite 4

Heute auf Seite 10
Gesund leben

Willensschwäche oder Krankheit?
Wie der Arzt Elvin M. Jellinek den Alkoholismus analysierte.

ISSN 0323-3375

